

## Interpellation Nr. 9 (Februar 2025)

betreffend Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt

25.5036.01

Zum wiederholten Male wird in Basler Medien über eine so genannte Studie des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums (WWZ) der Universität Basel zu den Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt und prospektiv auch für Baselland berichtet. Unter der Leitung von Professorin Conny Wunsch, wurden nicht repräsentative, anonyme und freiwillige Umfragen erstellt, die angeblich von betroffenen Unternehmen ausgefüllt sein wollen. Mindestens die erste Umfrage konnte dabei beispielsweise auch mehrfach ausgefüllt werden. Was zudem auffällig ist: Die Grundgesamtheit der angeblich befragten betroffenen Unternehmen ist jeweils sehr klein. So geht es im neusten Beitrag zu den Auswirkungen des Mindestlohnes in Basel-Stadt anscheinend um angeblich 23 betroffene Unternehmen (<https://unibaswwzfaculty.blog/2025/01/13/kantonale-mindestloehne-im-fokus/>). Von diesen wiederum würden gemäss der Autorin drei sagen, sie hätten mehr Entlassungen vorgenommen seit der Einführung des Mindestlohnes. Dabei lässt sich wie gesagt weder überprüfen, ob die Umfrage tatsächlich von Unternehmen ausgefüllt wurde, noch ob es sich tatsächlich um betroffene Unternehmen handelt.

Zwar wird in medialen Stellungnahmen von Frau Prof. Wunsch betont, dass die Umfragen nicht repräsentativ seien. Gleichzeitig wird aber beispielsweise in der Basler Zeitung und im entsprechenden Blogbeitrag festgehalten, dass die Ergebnisse auf "jeden Fall informativ sind". Inwiefern dies aufgrund der oben beschriebenen Tatsachen der Fall sein soll, erschliesst sich dem Betrachtenden nicht.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung dieser Fragen:

1. Wie steht der Regierungsrat zu den Umfragen und den daraus folgenden Ergebnissen bzw den Auswirkungen des Mindestlohns in Basel-Stadt?
2. Liegen dem Regierungsrat oder dem zuständigen Departement Daten oder Hinweise von betroffenen Unternehmen vor, welche die Aussagen der Umfrage des WWZ zu den Auswirkungen des Mindestlohns in Basel-Stadt stützen?
3. Sieht der Regierungsrat eine erhöhte Arbeitslosigkeit in Basel-Stadt aufgrund des Mindestlohnes?
4. Wie ist die aktuelle Bilanz des Regierungsrates in Bezug auf den Mindestlohn in Basel-Stadt?
5. Wie steht der Regierungsrat zur Tatsache, dass die (Teil-)Finanzierung der Umfrage durch den Arbeitgeberverband nicht transparent auf der Webseite und dem Blog ausgewiesen wurde? Wurden damit seine Erwartungen bezüglich der transparenten Ausweisung von Drittmitteln erfüllt?
6. Wie ordnet der Regierungsrat die Qualität und Sicherung der wissenschaftlichen Arbeit ein, wenn ein Zentrum der Universität solche Umfragen veröffentlicht und daraus Schlüsse ableitet, die sich in Bezug auf die Grundgesamtheit und das Vorgehen bei der Datengewinnung kaum belegen lassen?

Beda Baumgartner